

Rede in der Europadebatte zur EU-Erweiterung im Plenum des Deutschen Bundestages am 8. November 2007

Dr. Stephan Eisel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Wir debattieren über die europäische Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik aufgrund eines Antrages der Grünen.

In diesem Antrag der Grünen sind viele bedenkenswerte Überlegungen enthalten. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, er hat drei entscheidende Schwächen. Diese entscheidenden Schwächen beschreiben zugleich die Herausforderungen an die europäische Politik.

Erstens. Wir befinden uns in einer Phase, in der die Vertiefung und die Konsolidierung in der Europäischen Union Vorrang vor der Erweiterung haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Umsetzung des europäischen Reformvertrages - nicht nur die Ratifizierung - hat jetzt Priorität. Denn wenn die Europäische Union intern nicht handlungsfähig ist und bleibt, kann sie die anstehenden Probleme nicht lösen. Im Übrigen bleibt sie dann auch nicht attraktiv für die Nachbarn.

Die Europäische Union muss stark und intern handlungsfähig als Voraussetzung für ihre Erweiterung bleiben.

Die zweite Schwäche bezieht sich auf die Erweiterungspolitik an sich. Diesbezüglich müssen wir überlegen, ob wir noch die richtige Grundhaltung verfolgen. Wir haben eine Situation, in der die Europäische Union den Aspiranten eine To-do-Liste vorlegt, die abgearbeitet werden muss, um Mitglied der Europäischen Union zu werden. Dadurch geraten wir leicht in eine Situation, in der Reformen in den entsprechenden Ländern nicht um ihrer selbst willen durchgeführt werden, sondern nur wegen der Anforderungen der Europäischen Union. So entstehen keine nachhaltigen Reformen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da kann man einmal die Beispiele Ungarn, Tschechische Republik und Polen heranziehen. Die Menschen dort haben die Demokratie um ihrer selbst willen eingeführt und nicht deswegen, weil sie eine To-do-Liste bekamen. Daraus hat sich dann der Beitrittsanspruch ergeben.

In dieser Woche hat uns die Europäische Kommission Fortschrittsberichte vorgelegt, in denen über alle Länder mit viel Skepsis hinsichtlich der Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit der Reformen berichtet wird. Wenn wir diese Fortschrittsberichte ernst nehmen, dann müssen wir Wert darauf legen, dass Reformen nicht nur durchgeführt

werden, weil die Europäische Union dies als Beitrittsvoraussetzung fordert, sondern weil die Reformen in den Ländern selbst von der Bevölkerung nachhaltig getragen werden.

Ich sage das insbesondere mit Blick auf die Türkei.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der dritte Punkt, der uns in der Europapolitik beschäftigt und im Antrag der Grünen nicht schlüssig behandelt wird, betrifft die europäische Nachbarschaftspolitik. Im EU-Vertrag steht ganz klar, dass jeder europäische Staat das Recht hat, einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen.

Wir kommen nicht darum herum, die Frage zu beantworten, was denn ein europäischer Staat ist. Es gehört auch die geografische Komponente dazu. Aber wir haben auch die Verpflichtung, dass mit denjenigen, die nicht in eine Beitrittssituation kommen werden, eine gute Nachbarschaftspolitik betrieben wird.

Aber das ist eine zweiseitige Angelegenheit. Auch das will ich an einem Beispiel deutlich machen: an dem besonderen Verhältnis zu Russland. Ich sage in aller Deutlichkeit, dass das, was in diesem Bereich vonseiten Russlands zurzeit passiert, keine gute Nachbarschaftspolitik ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich nenne nur die Stichworte "Rindfleisch und Polen" sowie "Lufthansa und Überflugrechte". Ich habe aber auch keinerlei Verständnis für das Verhalten des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, der eine gemeinsame Reaktion der Europäischen Union auf das Verhalten Russlands in Bezug auf die Überflugrechte zunichte gemacht hat. Ich habe dafür kein Verständnis.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf des Abg. Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)) -

Herr Kollege Trittin, ganz ruhig bleiben! (Jürgen Trittin

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stimme Ihnen zu!) -

Wenn Sie mir zustimmen, ist das eine erfreuliche Angelegenheit.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das weiß man nie so genau!)

Ihre Zustimmung wird im Protokoll aufgenommen. Ich will noch ein drittes Beispiel nennen. Wenn Russland jetzt einseitig die Importzölle auf finnisches Rohholz in völlig unangemessener Weise erhöht, ist auch das keine gute Nachbarschaftspolitik.

Unser europapolitischer Kurs muss klar sein: Vertiefung als Voraussetzung und vor Erweiterung, Erweiterung aufgrund selbsttragender Reformen und Nachbarschaftspolitik auch als eine Anforderung an die Nachbarn im Verhalten gegenüber uns in der Europäischen Union.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der CDU/CSU)